

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852**

2.6.1852 (No. 129)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. Juni.

Nr. 129.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

## Deutschland.

**\* Aus Baden, 1. Juni.** Wenn die schlechte Witterung des ersten Pfingstfeiertags die Reiseflust hemmte, so erwachte sie am zweiten desto stärker. Die Eisenbahn war an diesem Tage auf ihrer ganzen Länge ungemein in Anspruch genommen. Hauptanziehungspunkte scheinen, wie gewöhnlich, Heidelberg, Baden und Badenweiler gebildet zu haben. In Baden sind übrigens trotz der Ungunst des Wetters am ersten Festtage 429 Fremde angekommen.

Am 29. d. wurde, dem „D. B.“ zufolge, der erste Nagel zum Bau der großartigen neuen Eisenbahn-Brücke über die Kinzig geschlagen. Dem feierlichen Akte wohnte der Hr. Präsident des Gr. Ministeriums des Innern, Frhr. v. Marschall, und der Direktor der Gr. Posten und Eisenbahnen, Frhr. v. Reizenstein, bei.

Die „Konst. Ztg.“ brachte schon wiederholt Mittheilungen über Zeichen freundlicher Erinnerung des Prinz-Präsidenten von Frankreich an Personen aus der Zeit seines Aufenthalts zu Arenenberg. Sie erzählt wieder einen solchen Fall. Der frühere Jäger v. Napoleon's, Bucherer von Allensbach, begab sich jüngst nach Paris, wo er von seinem früheren Herrn sehr gütig aufgenommen wurde. Er erhielt ein Geschenk von 1000 Fr. und eine jährliche Pension von 300 Fr.

**4 Wertheim, 29. Mai.** Heute Abend findet die feierliche Beisetzung des verstorbenen Prinzen Karl Ludwig Friedrich zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg in der hiesigen Stadtkirche statt. Er starb den 26. d. M., Abends 8 Uhr, auf seinem Schloß zu Erlenstein in einem Alter von 71 Jahren und einem Monat. Mit ihm erlischt die Karl'sche oder jüngere Linie dieses fürstlichen Hauses, und es gehen deren Stammbesitzungen auf die ältere oder Bollrath'sche Linie über; der Chef der letzteren, Fürst Georg zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, hat sich bereits in den Besitz der wieder vereinigten Stammgüter gesetzt; die Alodialerben des verstorbenen Fürsten sind bis jetzt noch nicht mit Gewißheit ermittelt worden, indem er, ungeachtet er seine Umgebung mit ungemainer Liebe und Aufmerksamkeit behandelte, es leider doch verfaßte hat, einen letzten Willen zu ihren Gunsten zu errichten, und nun entfernte Verwandte zur Erbfolge berufen werden.

**7 Krautheim, 31. Mai.** Bei der den 25. d. einer Deputation aus dem Amtsbezirk Krautheim allergnädigst erteilten Audienz überreichte der Vorstand der Gemeinde Krautheim Sr. Kön. Hoheit unserm allverehrtesten Regenten eine Bittschrift, worin die Noth vieler hiesigen Gemeindeglieder getreu und der Wahrheit gemäß von einem Mitgliede des Frauenvereines geschildert war. Sr. Kön. Hoheit nahmen dieselbe huldvollst an, erfundigten sich genau nach den hiesigen Verhältnissen, und ließen dem Hrn. Bürgermeister foglich zur Linderung der Noth die Summe von Ein- und zweihundert Gulden aus Allerhöchster Privatkasse überreichen. Für diese so reichliche Gabe spricht der unterzeichnete Verein seinen innigsten und wärmsten Dank aus. Der Allmächtige erhalte auch ferner Sr. Kön. Hoheit unsern allergnädigsten Regenten und das ganze Allerhöchste fürstliche Haus zum Wohle unseres Landes! Der Armen-Unterstützungsverein.

**8 Stuttgart, 30. Mai.** In der radikalen Presse ist gegenwärtig eine Art von Waffenstillstand eingetreten, der in zwei leicht begreiflichen Ursachen seinen Grund hat. Erstens fehlt es ihr an Stoff, denn das schon hundert und hundert Mal Wiedergekaute ist längst zum Extremum geworden; zweitens scheint die Berordnung ihre Wirkung zu äußern, daß jetzt streng darauf gesehen wird, daß mit Beschlag belegte Blätter in keinen öffentlichen Lokalen mehr aufgelegt werden dürfen, und daß in letzterer Zeit die Beschlagnahmen sehr rasch auf einander folgten. Eine Berordnung war aber auch ein sehr dringendes Bedürfnis, wenn nicht jede Konfiskation illusorisch werden sollte, da die Expeditionen darauf dressirt waren, Nummern, bei denen die Redaktion nicht recht traute, möglichst rasch an Besessenen und Schenklokale gelangen zu lassen. Dort konnten sich dann die Privatabonnenten entschädigen, welchen ihre Exemplare nicht zukamen. Weil man aber doch ein Noß haben muß, so muß jetzt der Staatshaushalt herhalten, um als Steckpferd geritten zu werden.

Aus den Artikeln, welche jetzt schon unter das Volk geschleudert werden und, als Wetterleuchten aus der Ferne, das Herannahen eines künstlich zum Orkan zu schwellenden Unwetters verkündigen sollen, kann man ungefähr abnehmen, welchen Gang dieses Komödienmonstrum nehmen wird. Es wird zwar nirgends einschlagen, aber eben so wenig befruchtend wirken, und nur in so fern schaden, als es den Gang der Verhandlungen in der Kammer hemmen wird. Die Verathung des Einnahmebudgets wird sehr langwierig werden, da zu mehreren Abgaben neue Gesetze gemacht werden müssen. Da ist zunächst die Schlachtaccise jährlich zu 200,000 fl. angeschlossen; sodann soll die Viegenzschaffaccise von  $\frac{1}{2}$  auf 1 Prozent erhöht werden, so daß sie anstatt 165,230 fl. in Zukunft 450,000 fl. betragen wird. Auch von der Hundesteuer sollen einige tausend Gulden mehr erhoben werden. Die Wirtschaftsabgaben, seither zu 1,440,290 fl. angeschlossen, sollen 1,740,000 fl. ertragen. Von der Salz-

steuer sollen statt der seitherigen 20 Kreuzer nunmehr 30 Kr. per Simri bezahlt, und auch die Branntweinsteuer erhöht werden. Aus Sporteln hofft man 21,000 fl. mehr zu ziehen, und schließlich soll die direkte Steuer auf Grund, Gebäuden und Häusern von 2 Millionen auf 2,600,000 fl. gebracht werden. Durch alles Dies zusammen hofft die Regierung einen Reinertrag von ungefähr anderthalb Millionen zu erzielen und das vorhandene Defizit zu decken.

Zunächst wird die Opposition gegen jede Erhöhung der Steuer überhaupt peroriren; darauf wird ihr aber die Regierung ganz gelassen erwidern: daß sie selbst nur ungerne zu diesem Mittel greife, daß sie aber ihre Verbindlichkeiten erfüllen und deßhalb Geld haben müsse. Sie trage keine Schuld daran, daß in den Revolutionsjahren so leichtfertig mit dem Staatsvermögen gewirthschaftet worden sei, daß der Ertrag desselben sich so vermindert habe, daß an der Stelle der früheren Ueberschüsse sich jetzt Ausfälle befinden. Sodann werden Vorschläge kommen, wie man die Steuererhöhung umgehen könne, und es wird an Vorschlägen nicht fehlen. Man wird von Freirung weiteren Papiergeldes, von Kontrahierung eines Anleiheens sprechen; aber die Regierung soll fest entschlossen sein, sich auf kein Amendement einzulassen, das nicht dazu dient, den Staatshaushalt nachhaltig in das regelmäßige Geleise zu bringen, und wodurch der Wiederkehr eines Defizits vorgebeugt wird. Nach Ueberwindung dieser Hauptklippe wird an jedem einzelnen deßhalb notwendigen Gesetze gemäkelt werden, und so liegt bei der Reichhaltigkeit des Stoffes für eine redselige Opposition die Befürchtung einer endlosen Dauer der nächsten Sitzungszeit sehr nahe. Da aber der Termin, an welchem die Arbeiten fertig sein müssen, ein sehr kurzer ist, indem die neuen Steuern vom 1. Juli d. J. an in Wirksamkeit treten sollen, so wird die Regierung ihr Möglichstes thun, daß dieser Zeitpunkt nicht ohne Entscheidung vorübergehe.

**München, 28. Mai.** (Schw. M.) Der feierliche Akt der Schließung des Landtags erfolgte erst heute Mittag durch den Prinzen Luitpold in dem Sitzungssaale der Abgeordneten-Kammer. Da der Landtags-Abschied diesmal sehr umfassend ist, so dauerte die Zeremonie fast eine Stunde. Sämtliche zwischen den beiden Kammern vereinbarten Gesetze sind sanctionirt, mit Ausnahme des für die Pfalz beauftragten der Bestrafung von Majestätsbeleidigungen von der Abgeordneten-Kammer auf dem Wege der Initiative vorgeschlagenen. Es ist übrigens hierbei der gute Wille, der diesem Vorschlage zu Grunde liegt, anerkannt. Anerkannt ist ferner die Thätigkeit und das Entgegenkommen der Kammer bezüglich der das materielle Wohl des Landes bezweckenden Gesetzentwürfe; dagegen wird beklagt, daß jene Gesetze, die vorzugsweise zur Befestigung der staatlichen Ordnung und des monarchischen Prinzips bestimmt waren, nicht zu Stande kamen. Bezüglich ihrer wird sich vorbehalten, dem nächsten Landtag Vorlagen machen zu lassen, die auf denselben Grundfragen beruhen.

**Landau, 29. Mai.** (Pfälz. Z.) Dem Bernehmen nach hat der Verwaltungsrath der pfälzischen Ludwigsbahn in seiner gestrigen Sitzung sich gutachtlich dahin ausgesprochen, daß das erforderliche Kapital für den Bau der Eisenbahn von Neustadt über Landau nach Weisenburg durch eine Aktiensubskription aufzubringen sei. Bei dem günstigen Kurse der 4% Aktien der pfälzischen Ludwigsbahn läßt sich erwarten, daß die erwähnte Aktiensubskription einen raschen Fortgang finden werde, da bekanntlich für das Bau- und Einrichtungskapital der neu zu errichtenden Bahn eine Verzinsung mit  $4\frac{1}{2}$  % von Seiten des Staats gewährleistet wird.

**Frankfurt, 1. Juni.** Der Bundestag wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beschäftigen. Der Bericht des politischen Ausschusses ist in dieser Sache nun vollendet; namentlich wird auch das Uebereinkommen zwischen der Krone Dänemark und dem Herzoge von Augustenburg in Bezug auf die dänische Erbfolge zur Sprache kommen.

Die von mehreren Seiten gänzlich in Abrede gestellten Bundestags-Ferien werden nun dennoch stattfinden und 6 bis 8 Wochen dauern.

**Mainz, 29. Mai.** (Fr. Post.) Auf Schloß Johannisberg werden Vorbereitungen für die Ankunft des hohen Schloßherrn Fürsten Metternich veranstaltet, und dürfte die Ankunft schon in den ersten Tagen des Monats Juni erfolgen.

**Hannover, 27. Mai.** Gestern — in der letzten Sitzung, welche die Erste Kammer vor ihrer Vertagung hielt — richtete Preußing an die Regierung die Anfrage, „ob sie pflichtschuldigst bemüht gewesen sei, den Weg, welchen das abgetretene Ministerium in der provinziallandschaftlichen Frage beschritten habe, innezuhalten und den verfassungswidrigen Schritten einer winzigen Partei entgegenzutreten; und ob sie ferner gesonnen sei, in Gemäßheit des ständischen Beschlusses vom 19. Dez. v. J. die in der provinziallandschaftlichen Frage verhandelten Akten dem Hause vorzulegen?“ die von Scheele dahin beantwortet wurde, daß die

Regierung, um einer Entscheidung des Bundes vorzukommen und eine Einmischung in die innern Angelegenheiten des Landes abzuwehren, den Weg der Verständigung und Einigung mit den Landschaften betreten habe. Der Versuch sei bis jetzt noch nicht gelungen und deßhalb der jetzige Augenblick für eine Auskunftserteilung um so weniger geeignet, als die Angelegenheit eine schwebende sei, und mit der beantragten Gestaltung der Ersten Kammer im engsten und innigsten Zusammenhang stehe.

**Oldenburg, 28. Mai.** Der Landtag genehmigte heute in geheimer Sitzung mit 32 gegen 12 Stimmen den Beitritt Oldenburgs zum Septembervertrage — jedoch unter Bedingungen.

**Aus Schleswig-Holstein.** (A. M.) Mit dem 1. Juli d. J. wird auch Holstein in den dänischen Postverband mit aufgenommen werden und damit der unter der ehemaligen Statthaltertschaft veranlaßte Anschluß des Herzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein wieder aufhören. Dagegen wird dann die gesammte Monarchie mit allen ihren Gebietstheilen mittelst eines Vertrages sich dem deutsch-österreichischen Postverein anschließen und namentlich den in letzterem geltenden Portosatz dem Auslande gegenüber annehmen, so daß in dieser Beziehung wenigstens Holstein keine erhebliche Veränderung bevorsteht.

**Berlin, 29. Mai.** Die „N. Pr. Z.“ berichtet: Gestern um  $\frac{1}{4}$  auf 6 Uhr traf auf der schlesischen Eisenbahn mittelst Extrazuges ein Flügeladjutant des Kaisers von Rußland hier ein und begab sich sofort an das kön. Hoflager nach Potsdam, um von einem Unfälle Nachricht zu bringen, der, Gott sei Dank, keine unglücklichen Folgen gehabt. In der Gegend von Czestochau ist nämlich der Extrazug, der den Kaiser und den Prinzen Friedrich Karl von Preußen nach Warschau führte, aus den Schienen gekommen, wobei zwei Wagen bedeutend beschädigt sind. Der Kaiser und der Prinz Friedrich Karl sind mit dem Gefolge ohne irgend eine Verletzung der Gefahr entgangen und haben schon nach einem Aufenthalt von zwei Stunden die Reise auf der Eisenbahn fortgesetzt.

Die „Sp. Ztg.“ versichert auf das bestimmteste, daß auch Frankreich das Londoner Protokoll wegen Neuenburg unterzeichnet habe; ja es habe von Anfang ein besonderes Interesse an der Aufstellung desselben genommen.

**Berlin, 29. Mai.** Vielseitig wird jetzt von einer in London getroffenen Uebereinkunft hinsichtlich der Neuenburger Frage berichtet. Wir erhalten aus guter Quelle über den Entwicklungsgang der Sache einige nähere Aufschlüsse. Danach war Preußen schon seit vier Jahren bemüht, seine willkürlich verletzten Anrechte auf Neuenburg wieder zur Geltung zu bringen. Die Lage der Dinge in der ersten Zeit nach der Februarrevolution gestattete aber nicht, mit Gewalt der Waffen von der Schweiz Genugthuung zu erlangen, ohne gleichzeitig einen europäischen Krieg zu entzünden. Auf dem Wege der Unterhandlungen war kein Erfolg zu hoffen. Die Umstände änderten sich, als Ludwig Napoleon mit dem Wunsche einer Befestigung seines Regiments das Verlangen innigerer Annäherung an die östlichen Mächte verband. Preußen benützte diesen Augenblick, und richtete etwa im Anfang vorigen Jahres unter Berufung auf die Wiener Verträge an England und Frankreich als Theilnehmer an diesen Verträgen die Aufforderung, den garantierten Rechtszustand in Bezug auf Neuenburg wieder herzustellen zu helfen. Rußland und Oesterreich hatten schon früher ihre Mitwirkung zugesagt, und so kamen Konferenzen in London zu Stande, die nach mehrfachen Unterbrechungen endlich in unseren Tagen zu dem Ergebnisse gelangten: daß von den andern Großmächten Preußens Recht auf den Besitz von Neuenburg nochmals förmlich anerkannt, und deren Beihilfe zur praktischen Durchführung dieses Rechts zugesagt wurde. Vornächst steht nun wohl eine Kollektivnote der Mächte an die Eidgenossenschaft zu erwarten. Weitere, etwa notwendig werdende Schritte bleiben späterer Vereinbarung vorbehalten. Preußen dürfte auch jetzt zunächst noch den Weg friedlicher Regelung der Angelegenheiten einem gewaltsamen Durchgreifen vorziehen. Es gewinnt dabei an Wahrscheinlichkeit, daß im Innern des Kantons selbst ein Wechsel der Dinge vor sich gehen werde.

**Berlin, 30. Mai.** Die diesseitige Regierung soll allen Versicherungen nach jetzt ernstlicher denn je entschlossen sein, durch Aufstellung eines festen Programms dem ergebnislosen Gange der hiesigen Zollkongreß-Verhandlungen baldigst ein Ende zu machen. Von einer Nachgiebigkeit gegen die Darmstädter Vereinbarungen, welche von München und Dresden her in so nahe Aussicht gestellt wird, will hier noch immer Nichts verlauten.

Die auswärtigen Kammermitglieder haben nunmehr, bis auf einige Fraktionshäupter, sämmtlich Berlin verlassen. Unter den noch anwesenden Abgeordneten bemerkt man namentlich den Grafen von Fürstenberg-Stammheim und Hrn. v. Bethmann-Hollweg. Bei der neulichen Ordensverleihung durch den Kaiser von Rußland hat der Graf Stolberg den Andreas-Orden, den ersten russischen Orden, erhal-

ten, während der Ministerpräsident v. Manteuffel mit dem zweiten, dem Alexander-Newski-Orden in Brillanten, beliehen worden ist. Der Graf bekleidet als Oberkammerherr die höchste Hofcharge in der preussischen Monarchie.

3. Maj. die Kaiserin von Rußland wird morgen Mittag Potsdam verlassen und in Begleitung Sr. kön. Hoh. des Prinzen von Preußen die Reise nach Weimar antreten. Bei dem etwas veränderten Reiseplan wird die Kaiserin nunmehr doch wohl zwei Tage in Weimar verbleiben, indem durch das andauernde Unwohlsein der Frau Großherzogin von Weimar die beabsichtigte Zusammenkunft mit der kaiserlichen Schwägerin in Potsdam verhindert wurde. Der Ministerpräsident von Manteuffel hat heute Berlin verlassen und sich auf einige Tage nach der Lausitz begeben.

**Halle, 28. Mai.** In dem hier stattgehabten Kongresse von Freunden des deutschen Zollvereins wurde einstimmig die Bildung eines „volkswirtschaftlichen Vereins des deutschen Zollverbandes“ beschlossen. Die Statuten desselben, ebenfalls mit Stimmeneinhelligkeit angenommen, lauten der „R. Ztg.“ zufolge ihrem wesentlichen Inhalte nach:

1) Der volkswirtschaftliche Verein des deutschen Zollverbandes macht sich die Erhaltung des Zollvereins und die Förderung der volkswirtschaftlichen Interessen in demselben zur Aufgabe; 2) der Verein besteht vorläufig auf zwei Jahre; 3) der Verein hat zur Leitung seiner Geschäfte einen Ausschuss von sieben Mitgliedern, aus welchen auch der Präsident gewählt wird; der Ausschuss kann sich aus Mitgliedern des Vereins bis zu 21 Mitgliedern ergänzen; derselbe verfügt über die Geldmittel des Vereins etc.; 4) die erforderlichen Gelder werden durch Beiträge der Mitglieder aufgebracht, die mindestens 2 Hfr. jährlich pro Mitglied betragen; 5) es findet jährlich eine Generalversammlung statt, und zwar in Berlin, dem Sitze des Ausschusses; die außerordentlichen Generalversammlungen können auch anderwärts abgehalten werden; 6) der Ausschuss entscheidet durch Stimmenmehrheit; derselbe Abstimmungsmodus findet in den Generalversammlungen statt; bei Stimmengleichheit gibt der Präsident den Ausschlag.

Am Schlusse des Kongresses wurde von den als Mitglieder beigetretenen der Ausschuss für das nächste Jahr gewählt. Der Kongress war stark besucht. Baden, Bayern, Sachsen, Kurhessen waren ebenfalls vertreten. Degenkolb präsidirte und wurde durch die H. H. Dverweg, Döschhäuser und Dr. Tögel unterfügt.

**++ Breslau, 29. Mai.** Gestern ist, später als Anfangs beabsichtigt war, aber die Verzögerung der Masse der Einsegnungen bis auf die letzte Frist erpeischte den Aufschub, in der eben so zweckmäßig als schön aufgeführten Glashalle, zu welcher die Räume des anstößenden Ständehauses hinzugezogen sind, die schlesische Industrieausstellung feierlich eröffnet worden. Man hatte gehofft, der Prinz von Preußen werde der Eröffnungsfeier beiwohnen; aber andere Pflichten haben ihn abgehalten, die befalls gegebene Zusage zu erfüllen; dagegen hatten die schlesischen Fürsten und Standesherrn, sowie die Herzogin von Sagan, welche von Anfang an dem Unternehmen die thätigste Unterstützung zu Theil werden ließen, sich eingefunden. Als der Gedanke dieser Ausstellung zuerst angeregt wurde, begegnete er meist einem ungläubigen und zweifelnden Kopfschütteln. Der Vorgang der Londoner Weltausstellung schien von der Ausführung eines Unternehmens abzumahnend, welches kaum mehr als ein matter und verkleinerter Abglanz jenes strahlenden Vorbildes sein konnte und durch die Erinnerung daran fast erdrückt werden mußte. Es erschien nahezu als ein Werk des Uebermuths, die öffentliche Beachtung für die Gewerbezeugnisse einer einzelnen Provinz in Anspruch zu nehmen in einem Augenblick, wo der Nachhall des Weltenthusiasmus über die Wunder der vorjährigen Nierenausstellung noch nicht verklungen war. Aber die kurze Zeit von drei Monaten, in welcher die schlesische Gewerbeausstellung gedacht und ausgeführt wurde, hat alle Zweifel verstummen machen, und diese Ausstellung wird eine Mannichfaltigkeit und Höhe der industriellen Entwicklung Schlesiens zu Tage fördern, auf welche selbst größere ganze Staaten stolz sein könnten. Die Provinz macht den Anspruch des Königs wahr: „Schlesien allein ist würdig, ein Königreich zu sein.“

Ich glaube, man unterschätzt die Bedeutung der Londoner Ausstellung, man überschätzt den Werth solcher Provinzialausstellungen, wie sie zur Zeit in mehreren Theilen der preussischen Monarchie entweder schon im Gange sind oder vorbereitet werden. Es ist nichts Oeringes für die Industrie eines Landes, wenn in ihr ein gerechtfertigtes Selbstbewußtsein erregt und genährt wird. Auch hier heißt es Noblesse oblige! und das gemeinsame Streben der Industriellen, sowie die allgemeine Theilnahme an den Fortschritten der Industrie muß gestärkt und erhöht werden, wenn sich in dem Gesamtbewußtsein die Ueberzeugung von der erreichten ehrenvollen Höhe einprägt. Man sagt mit Unrecht, daß der Nutzen solcher beschränkter Ausstellungen im Vergleich zu der Londoner nicht groß sei, weil hier für keinen Industriellen des Nichtgesehenen und Ueberraschenden in seinem Fach viel vorhanden sein werde. Von London aus ist eine belebende Anregung weit überwiegend nur auf die hervorragenden Spitzen der Industrie aller Länder ausgegangen; eine partielle Ausstellung aber wird eine anseuernde Wirkung auf alle die kleinen Kreise üben, durch deren Fortbildung der Fortgang der gesammten Industrie eines Landes bedingt ist. Diese einzelnen Kräfte, welchen die Londoner Ausstellung theils unzugänglich war, theils in ihrer Ueberschwinglichkeit von keinem unmittelbaren Nutzen gewesen wäre, sie gerade werden in den ausgezeichneten Produktionen ihrer näheren Gewerbsgenossen die mannichfache Anregung finden, und für sie wird vielleicht eine Provinzialausstellung erst eine rechte Nutzenanwendung der Weltausstellung werden.

**Wien, 27. Mai.** Die „Deserr. Corresp.“ schreibt: „Der österreichische Gesandte bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Hr. v. Hülsmann, hat den Befehl erhalten, den diplomatischen Verkehr mit dem Kabinete zu Washington zeitweilig abzubrechen. Feindselige Demonstrationen

des Staatssekretärs Hr. Webster dürften hiezu eine drängende Veranlassung dargeboten haben. Die Handelsverbindungen blieben ungestört und werden vor wie nach durch die betreffenden Konsulate gefördert.“

Der Bundes-Präsidentialgesandte Graf v. Thun hatte gestern und vorgestern längere Konferenzen mit dem Reichsraths-Präsidenten Frhrn. v. Kübeck. — Der Sektionsrath v. Rakembacher, welcher sich von Seite Oesterreichs zur Berathung des Bundespressgesetzes in Frankfurt befand, ist gestern von dort zurückgekehrt. — Aus Graz schreibt man, daß der Exminister Thiers auf seiner Rückreise aus Italien dort erwartet werde. Ob derselbe auch Wien zu berühren beabsichtige, ist nicht bekannt.

Die heutige „Wiener Ztg.“ sagt:

In mehreren in- und ausländischen Blättern hat das Gerücht Eingang gefunden, daß die österreichische Finanzverwaltung die Absicht habe, die mit dem Finanz-Ministerialerlasse vom 1. Sept. 1851 eingeführte Umwandlung der verfallenen Zinsen und Lottoschuldens-Obligationen in fünfprozentige, zu Frankfurt a. M. und Amsterdam in Konventions-Silbermünze verzinsliche Staatsschuldverschreibungen wieder aufzunehmen. Man sieht sich veranlaßt, diesem Gerüchte mit der Versicherung entgegenzutreten, daß es falsch und grundlos sei.

Von ganz glaubwürdiger Seite wird dem „Lloyd“ versichert, daß mit den genehmigten Maßregeln zur Verbesserung der Valuta auch die seit längerer Zeit schwebende Frage über Reform des österreichischen Münzwesens verbunden ist. In der seit einigen Jahren besonders schlagend hervorgetretenen Thatsache, daß bis jetzt das österreichische Silbergeld wegen seines unübertroffenen Feingehaltes im Auslande fortwährend eingeschmolzen und mit Gewinn wieder als Münze ausgeprägt wird, liegt die Begründung für diese hochwichtige Maßregel. Wie man vernimmt, wird Oesterreich den Münzfuß der süddeutschen Staaten annehmen. Auf welche Weise der Uebergang erzielt werden soll, ist noch nicht festgesetzt, doch dürften auch hierüber die Bestimmungen ehestens erfließen.

In Folge allerhöchsten Handschreibens vom 25. d. M. wird die neuerrichtete oberste Polizeibehörde ihre Wirksamkeit am 1. Juni l. J. beginnen.

\* **Wien, 29. Mai.** Se. Maj. der Kaiser ist gestern Abend nach Prag abgereist. Der Aufenthalt des Kaisers wird daselbst nur ein kurzer sein, und nach der Rückkunft wird Se. Maj. die Reise nach Ungarn antreten. Bereits ist ein Theil des Gefolges dahin abgegangen, und auf allen Reisestationen werden Vorbereitungen getroffen, um den Monarchen würdig zu empfangen.

Wir haben schon berichtet, daß die neuesten Bemühungen der österreichischen Regierung zur Verbesserung der Valuta-Verhältnisse sichtbar gute Folgen an der Börse geäußert haben. Die Silberkurse gingen um 1 bis 2 Proz. herunter, und auch die Wechselkurse gingen zurück. Gestern dauerte der Rückgang fort: London fiel auf 12, Silber auf 120. Der Rückgang, meint die „A. Z.“, wäre vielleicht ein größerer gewesen, wenn sich nicht Kurstimult auf dem Markt befänden, die vorerst abgewickelt werden müßten. Die Wirkung des neuen Anlebens scheint vorzugsweise daher zu kommen, daß gerade der englische Geldmarkt, der seit langer Zeit sich den österreichischen Staatspapieren verschlossen hatte, denselben sich wieder geöffnet hat.

### Schweiz.

\* **Aus der Schweiz, 31. Mai.** Der Bundesrath hat den Anfangstermin für die Einlösung der nach dem neuen schweiz. Münzfuß geprägten Münzen im Kanton Genf, auf welche der Münzeinlösungs-Beschluß vom 28. Juli v. J., betreffend die Kantone Waadt und Genf (nach Art. 7), damals keine Anwendung gefunden, auf den 14. Juni nächsthin festgesetzt.

Der Berner Große Rath hat vorgestern seine Verhandlungen geschlossen. In der Schlußsitzung wurde noch der Antrag auf Ausdehnung des Amnestiedekrets auf die Theilnehmer an den revolutionären Bewegungen zu Interlaken im Oktober 1851 mit 64 gegen 20 Stimmen abgelehnt, sobald die Redaktion der ersten Berathung des Dekrets über die Auswanderungsagenten beraten, und der Antrag des Regierungsrathes auf Zurückziehung des früher vorgelegten Gesetzentwurfs über Reorganisation des Schulwesens genehmigt, und schließlich eine Anzahl von Strafnachlassgesuchen erledigt.

Der Vizepräsident des von der Volksversammlung zu Posieux niedergesetzten „Freiburger Vereins“ macht bekannt, daß die von den Gemeindeführern eingegebenen Verzeichnisse eine Gesamtzahl von 16,194 Bürgern ergeben, die an jener Versammlung Theil genommen. Noch ist übrigens aus ungefähr 20 Gemeinden die Zahl der Theilnehmer nicht bekannt. Später wird ein genaueres Verzeichniß folgen. Die „Schwyzer Ztg.“ bestätigt, daß die große Mehrzahl der einberufenen Infanteristen ihre Beistimmung zu dem Programm von Posieux durch Unterschriften ausdrücklich erklärt hat. — Auf Begehren einer Anzahl seiner Mitglieder ist der Freiburger Gr. Rath einberufen worden. Wie es scheint, steht ein Theil der herrschenden Partei die Unhaltbarkeit des jetzigen Systems ein und ist daher zu Konzessionen geneigt; wie weit dieselben gehen werden, ist noch nicht zu ermesen. Die Mitglieder des Volkskomitees scheinen sich nun frei zu Beratungen über Betreibung der Angelegenheit zu vereinigen. — Bekanntlich hatte sich vor der Versammlung in Posieux auch der radikale „patriotische Verein“ in Freiburg versammelt, und von der Regierung energisches Einschreiten verlangt. Ueber den Geist, der in der Versammlung herrschte, berichtete der „Confedéré“: „Die Meinung war bei Allen dieselbe, nämlich ein für allemal fertig zu machen mit diesen Agitatoren, die dem Lande keine Ruhe lassen.“ Die „Schw. Ztg.“ kommentirt Dies dahin, daß die H. H. Nationalrath Blässon und Düru von Niedermachen oder wenigstens Ruiniren der Reichen und von Koppfschlägen gesprochen hätten. — Am 27. fand unter militärischem Gepränge die Bestattung des Ober-

sten Albiez statt, welcher als Privatmann und als Militär allgemein betrauert wird. Nach dem Sonderbundsstricke wurde er von der Regierung gebrandschatzt. Später versuchte sie denselben vergeblich durch Versprechungen auf ihre Seite zu locken.

Was den Mord an Soldini anlangt, so hat man der „N. Z. Z.“ zufolge Verdacht gegen einen Mann, der einen Prozeß gegen den Ermordeten verlor. Nach dem „Bunde“ werden zwei Arbeiter in einer Papierfabrik als Urheber vermutet; ein Bajonett, das zum zurückgelassenen Karabiner paßte, habe zur Entdeckung geführt. — Am 28. d. hat der Tessiner Gr. Rath die beiden ersten Artikel des Gesetzes über Säkularisation des Erziehungswesens genehmigt, aber mit nur sehr geringer Mehrheit, nämlich Art. 1 mit 54 gegen 47, Art. 2 mit 53 gegen 51 Stimmen.

### Italien.

**Turin, 24. Mai.** Die Differenz mit Rom ist der Lösung nahe. Der Papst genehmigt den königlichen Vorschlag, den Bischof von Savoyen, Namens Narvoz, zum Erzbischof von Genua zu ernennen. Den Posten des Erzbischofs Franzoni soll der Bischof von Savona erhalten.

### Frankreich.

† **Paris, 29. Mai.** Heute bringt der „Moniteur“ eine offiziöse Erklärung von hoher politischer Wichtigkeit, in der man eine Antwort auf die neuerlichen Enthüllungen über die Verhandlungen der sog. nordischen Großmächte wegen der Kaiserfrage und eine Art Rundgebung über das Resultat der Sendung des Senators v. Heckeren erkennen will. Sie lautet: „Einige auswärtige Blätter bemühen sich, den Gerüchten Glauben zu verschaffen, daß die nordischen Mächte bereit seien, in Voraussicht gewisser Eventualitäten, die Koalition von 1815 zu erneuern, und daß sie im voraus die Grenzen bezeichnet haben, über die hinaus Frankreich nicht erlaubt wäre, seine Regierungsform zu verändern. Dieses Gerücht ist unwahr; die Eventualitäten, auf denen es beruht, haben keine Wahrscheinlichkeit für sich. Nichts zeigt die Nothwendigkeit einer Veränderung unserer Institutionen an. Frankreich genießt die vollständigste Ruhe. Alle Mächte stehen zu ihm in den freundschaftlichsten Beziehungen; sie haben nie weniger als heute die Absicht gehabt, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen. Sie wissen, daß Frankreich nöthigenfalls wissen würde, seinen Rechten Achtung zu verschaffen, wie es selbst die der andern Völker achtet. Diese Rechte sind aber weder verkannt noch bedroht. Mögen die gefallenen Parteien immerhin, wie vor dem, auf fremde Intervention rechnen, die ihre Ansprüche gegen den Nationalwillen zur Geltung bringen soll. Diese alte Taktik wird kein anderes Resultat haben, als eine noch größere Antipathie des Landes gegen sie.“ Bemerkenswerth ist noch, daß die Erklärung ohne die gewöhnliche Unterzeichnung „Mitgetheilt“ erschienen ist.

Das neue Unterrichts-gesetz ist wegen der Schwierigkeiten, auf die es sowohl im Staatsrath, als bei dem Klerus stieß, von der Regierung zurückgenommen worden. Der „Constitutionnel“ sagt zwar, es werde nun wohl erst im nächsten Jahr vor den gesetzgebenden Körper kommen; aber das ist wohl nur eine verbindliche Redensart gegen Hr. Fortoul. Jetzt entsteht die Schwierigkeit, in aller Eile das Budgetprojekt für das Departement des öffentlichen Unterrichts, das bereits dem gesetzgebenden Körper unterbreitet ist, umzuändern, da es im voraus schon nach dem jetzt zurückgenommenen Unterrichts-gesetz eingeordnet war.

Der Senat hält nächsten Dienstag wieder eine seiner seltenen Sitzungen. Die Tagesordnung kündigt an: Regierungsmittelungen, Berathung über verschiedene Lokalgesetze, Diskussion der innern Geschäftsordnung.

Der Graf v. Chambord wird, wie die „Union“ berichtet, nicht nach Wiesbaden reisen.

Der Marquis v. Yastoret läßt heute die Nachricht, daß er als Mitglied zweier rathgebenden Kommissionen (des Verfassungswesens und der Monumente) den Eid geleistet habe, in Abrede stellen. — Unter den neuen Eidesverweigerungen bemerkt man auch die von 11 Generalraths-Mitgliedern des Jfere-Departements. Bei den Staatsbeamten sind sie viel seltener; es fallen daher heute die von zwei Gymnasialprofessoren zu Bordeaux auf. — Der nach dem 2. Dezember verbannte Professor Duinet hat sich mit einer wallachischen Schriftstellerin verheiratet und wird sich nach Amerika übersiedeln.

Ein Korrespondent des „Constitutionnel“, der, wie das Blatt sagt, gut unterrichtet sein kann, meldet ihm aus New-York aufs bestimmteste eine neue Expedition nach Cuba, und hofft, daß diese Expedition das Loos der beiden vorhergehenden haben werde.

† **Paris, 30. Mai.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute eine allgemeine Instruktion des Ministers des Innern an die Präfekten über die von Amts wegen einzurichtenden und zu befördernden gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften, die jedoch nur das im Dekret vom 28. März darüber Gesagte weiter ausführt. Auch in diesem Erlaß sind wieder die Hauptgesichtspunkte die allgemeine Verbreitung dieser Anstalten über ganz Frankreich durch gemeinschaftliche Mitwirkung der Staats- und Kirchenbehörden, insbesondere der Maires und der Pfarrgeistlichen, die Verfohung der besitzlosen und der besitzenden Klassen durch die Aufnahme von Ehrenmitgliedern, welche bloß Beiträge liefern, ohne an den Wohlthaten der Anstalten Theil zu nehmen, die sorgfältige Auswahl der Präsidenten derselben, die vom Präsidenten der Republik selbst insallirt werden etc. Auch hier, wie in allen Erlassen des Hr. v. Persigny macht sich wieder eine besondere Fürsorge für die Lage der Landbewohner bemerklich. Eine halbamtliche Note antwortet auf die vielen von verabschiedeten Militärs eingehenden Gesuche um die militärische Denkmünze, die durch die Dekrete vom 22. und 29. Januar eingerichtet worden ist, daß dieselbe nur für aktive Soldaten der Land- und Seearmee bestimmt ist.

Gestern haben die Beamten der Polizeipräfektur von Paris, der Nationalbuchdruckerei und des Ministeriums des Innern den Eid geleistet. An die ersteren hat der Polizeipräfekt Pietri eine höchst energische Anrede gehalten, worin er namentlich auf die „Legitimität“ des Erwählten der Nation und des Erben des Kaisers hinwies. Dieser Legitimität gegenüber, die für sich das Recht und die Gewalt hat, könne man noch in der Ferne die Ausbrüche der Wuth, der Verzweiflung oder der Tollheit der gefallenen oder besiegten Parteien vernehmen; aber ihre geheimen Umtriebe, möge man sie nun Konspiration oder Fusion nennen, würden vor dem Nationalwillen und dem festen Entschluß, der Energie und Ergebenheit der Polizei zunichte werden. Sie werde um keinen Preis dulden, daß man ungestrast die Rechte antastet, die L. Napoleon durch die Volkswahl zu eigen hat.

Die gefrige Erklärung im „Moniteur“ hat im Ganzen eine beruhigende Wirkung gehabt, indem sie noch auf lange den Frieden mit dem Ausland verbürgt, obschon natürlich auch der Fall der Vertheiligung der französischen Nationalsovereänität mit den Waffen in der Hand darin vorgesehen ist. Man war sehr begierig, in den Organen der durch die Erklärung so hart mitgenommenen royalistischen Parteien eine Antwort darauf zu lesen; allein nur die „Union“ hat den nöthigen Mut dazu. Sie bemerkt:

Die Note des „Moniteur“ enthält zwei Theile: einen, der an Europa gerichtet ist, welches zusehen mag, ihn zu würdigen und zu verstehen; was den zweiten betrifft, so fragt es sich, was man damit hat sagen wollen. Was bedeutet dieser Angriff gegen die gefallenen Parteien? Wen trifft diese Denunziation: „auf die fremde Intervention zu rechnen?“ Wenn man, was wir nicht begreifen könnten, die Absicht gehabt hätte, uns in dieser offiziellen Anklage zu bezeichnen, so hätten wir nicht genug Protektionen gegen eine solche Verleumdung. Es gäbe ein viel unrichtigeres Mittel, um alle etwaigen Drohungen des Auslandes zu vereiteln und Frankreich in seiner Kraft und Größe zu zeigen: nämlich anstatt seine Kinder durch aufreizende Angriffe zu trennen, sie alle in einem und demselben Geßelle der Eintracht und Veröhnung zu vereinigen.

Die ministerielle „Patrie“ glaubt die Nachrichten deutscher Blätter in Betreff des Londoner Protokolls über das Fürstenthum Neuenburg „auffallend übertrieben“, und es wird ihr versichert, daß zwar Unterhandlungen eröffnet, aber noch keinerlei Entscheidung getroffen ist. Nicht minder will die „Patrie“ die Aechtheit des von dem griechischen Blatt „le Siecle“ verbreiteten Firmans über die heiligen Dreie in Zweifel ziehen, worin ihr auch das „Univers“ beipflichtet. Obiges Blatt ist übrigens in Marseille mit Beschlagnahme belegt worden; wie man dort glaubte, wegen eines heftigen Artikels gegen die französische Regierung. — Hr. v. Lavalette, der französische Gesandte zu Konstantinopel, welcher sich in Urlaub hier befindet, soll sofort den Befehl erhalten haben, auf seinen Posten zurückzukehren.

Einiges Aufsehen erregt hier eine Pariser Korrespondenz der „Morning Post“ vom 28. Mai, die ganz im Sinne der Nichtertheilung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs geschrieben ist, selbst wenn das erbliche Kaiserthum errichtet würde, und an deren Schluß es heißt: „Was die vom Kaiser von Rußland den Ansprüchen des Grafen von Chambord geleistete Unterstützung betrifft, so hat dieser Monarch bei seinem Besuch in Wien Sorge getragen, den verbannten Prinzen nicht zu empfangen, aus Besorgnis, daß man ihn geneigt glauben könnte, die Pläne einer Familie zu unterstützen, die, wie er selbst gesagt hat, sich nicht in Frankreich halten konnte.“ Die ministeriellen Journale drucken heute diese Korrespondenz mit einer gewissen Distanz ab.

Es scheint, daß das Unterrichtsgeßes einer doppelten Opposition gewichen ist: der der Geistlichkeit, obschon dieselbe der „Patrie“ zufolge bei weitem nicht so einmüthig war, wie man behauptet hatte, und dann aber auch einer gerade entgegengesetzten Ansicht im Staatsrath, die der Kirche noch zu viel darin eingeräumt sah. Die offiziellen Blätter wollen übrigens noch immer glauben machen, daß das Unterrichtsgeßes nicht ganz zurückgenommen ist, sondern nur Modifikationen erleiden soll. — Zwischen Frankreich und England ist ein Vertrag zur gegenseitigen Auslieferung von Verbrechern unterzeichnet worden. — Der Präsident der Republik hat zwei durch den 2. Dez. außer Brod gesetzten Staatsräthen Pensionen bewilligt. — Hr. v. Fallour läßt heute die Nachricht von seiner Annäherung an die Regierung, sowie überhaupt von seiner Betheiligung an der Politik absolut in Abrede stellen. — Durch ein Dekret ist die gewöhnliche Uniform der Mitglieder des Kassationshofes, der Appellhöfe und der Gerichte erster Instanz geregelt worden. — Die kirchliche Trauung des Hrn. v. Persigny hat vorgestern Nacht 1 Uhr in der Kapelle des Elysee vor dem Prinz-Präsidenten, dessen Militärstaat, den Ministern, der Marschallin Ney, dem Fürsten Ney v. d. Moskowa und einigen wenigen Verwandten stattgefunden. Die von ihrem Mann geschiedene Mutter der jungen Vermählten wohnte der Feierlichkeit nicht bei. Die Neuvermählten reisten sofort nach Fontainebleau, wo sie einige Wochen verweilen werden.

Der „Constitutionnel“ bringt heute auch den Brief des Generals Leslo an den Kriegsminister, worin der Eid verweigert wird. Wir entnehmen demselben folgende Stellen: Von der gesetzgebenden Versammlung dreimal zum Dußor ernannt, wurde ich in dieser Eigenschaft mit der speziellen Bewachung der Versammlung beauftragt. Diese hohe Ehre, die die Ehre meines kurzen parlamentarischen Lebens sein wird, ist die Ursache, die einzige Ursache meiner Verbannung gewesen. ... Warum? Weil ich durch die Pflichten, die sie mir auferlegte, und die ich, Sie wissen es, zu erfüllen gewußt hätte, ein Hinderniß für die Ausführung Ihrer Pläne geworden war. Brauche ich Ihnen zu sagen, wie ich durch den Verrath dienstthuender Offiziere des Palastes selbst in Ihre Hände geliefert, während der Nacht in der Mitte meines Schlafes verhaftet, ins Gefängnis geführt, in einer Zelle abgesperrt, später in Cham gefangen gehalten und nach sechstägiger Ungewißheit endlich brutaler Weise auf das Verdeck eines englischen Paletboots geworfen wurde unter Verbot, nach Frankreich zurückzukehren, bei Strafe, nach Cayenne oder Kafajiba deportirt zu werden? Diese abentheuerliche Verbannung dauert noch fort und in Ermangelung unmöglicher Richter haben Sie, um Ihre Gewaltthaten zu rechtfertigen, auf meinen Eid gezählt. Diesen Eid verweigere ich. Und nun noch ein Wort: Ich habe Ihnen meine Dienstleistungen aufgezehrt; sie bilden mein einziges Vermögen, ein vor Allen heiliges Vermögen, das ich im Dienste Frankreichs um den Preis meiner Arbeit, meiner Hingebung und meines vergossenen Blutes erworben habe; dies Vermögen, das die Geßes und die bloße Rechtfertigung beschützen müßten, ist in Ihrer Willkür, und Sie werden es konfiszieren. Aber es wird mir ein anderes bleiben, das Sie nie werden antasteten können: die Aechtheit und Ehrenhaftigkeit meines ganzen Lebens.

Der Brigadegeneral Leslo. In der heutigen Sitzung beriet der gesetzgebende Körper einen Gesetzentwurf, die Verwilligung eines Zusatzkredits von 360,000 Fr. für Verbesserungsarbeiten in der Sologne betreffend. Die Artikel des Entwurfs werden angenommen. Am 18. d. wurde ein Gesetzentwurf über den Aufenthalt in Paris und Lyon angenommen, welcher also lautet: Art. 1. Der Aufenthalt im Departement der Seine und in den Gemeinden, welche die Lyoner Gemeindeverbindung bilden, kann auf bestimmte Zeit auf dem Administrativwege unterlagert werden: 1) Denjenigen, welche wegen Rebellion, Bettelerei, Vagabundiren und Zusammenrotten zu Gefängnisstrafe verurtheilt worden sind; 2) Denjenigen, welche im Departement der Seine oder in der Lyoner Gemeindeverbindung nicht eingebürgert sind oder keine Existenzmittel haben. Art. 2. Das Aufenthaltsverbot wird von dem Polizeipräfekten oder von dem Mhonepräfekten ausgesprochen und von dem Minister der Polizei gutgeheißt. Art. 3. Jedes Vergehen gegen ein Aufenthaltsverbot wird mit Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis zu einem Monat bestraft.

**Großbritannien.** London, 27. Mai. Der Herzog und die Herzogin von Montpensier, mit einem zahlreichen Gefolge, sind zum Besuche ihrer königlichen Verwandten in Claremont angekommen. Die Königin Amalie war ihnen bis Dover entgegengeereist.

Wie aus einem Artikel des ministeriellen „Herald“ zu schließen ist, werden die Parlamentsneuwahlen im Juli stattfinden.

M. Matther, Vater des jungen Engländers, welcher in Florenz von österreichischen Offizieren mißhandelt wurde, schreibt, daß er nicht gleich seinem Sohne die von Toskana gebotene Geldentschädigung annehmen könne; er weigert sich entschieden, hierauf einzugehen.

#### Asien.

\* Die Indische Post bringt die Nachricht von der Einnahme von Rangun. Vertheiligt durch 25,000 Birmanen wurde die Stadt von 1400 Engländern erürrt; 130 Kanonen fielen den Siegern in die Hände, die ihrerseits an 150 Mann verloren haben. Martaban wird bombardirt.

#### Neueste Post.

\* In Folge der Entdeckung des Komplotts zu Bremen wurden etliche zwanzig Individuen (nicht 40 bis 50, wie es Anfangs hieß) verhaftet. Sie gehören sämtlich dem Arbeiterstande an und wurden nach dem Verhöre bis auf sechs oder sieben entlassen. Am meisten gravirt scheint ein Zigarenmacher Namens Kolby jun. zu sein.

Das „Fr. J.“ will von einem Fallissement wissen, welches in einem der bedeutendsten Hamburger Häuser stattgehabt hätte, und sich auf 600,000 Mark B. belaufen soll.

Die Aktionäre der rheinischen Eisenbahn haben am 27. Mai einen Zuschuß von 200,000 Thln. zur Erbauung einer steinernen Brücke über den Rhein bei Köln bewilligt. Die Köln-Mindener Aktionäre werden später wegen derselben Sache eine Berathung halten.

Man schreibt von Mainz, daß dort die Visitation der Dampfschiffe wieder eingestellt worden ist, wahrscheinlich weil man erwartete, daß auch die zu Caub in Folge der preussischen Intervention aufgehört werde.

Ihre Maj. die Kaiserin von Rußland ist am 2. Juni zu Schlangenbad erwartet. Sie wird das untere Kurhaus bewohnen. Im Ganzen sind 148 Zimmer für Ihre Maj. nebst Folge gemiethet. Die Dauer des Aufenthalts der Kaiserin ist nicht bestimmt. Sr. K. Hoh. der Prinz von Preußen wird seine erlauchte Frau Schwester nach dem Badort geleiten und dort ebenfalls seinen Aufenthalt nehmen.

Ueber die künftige Organisation der Verwaltungsbehörden in den österreichischen Kronländern erfährt man, daß folgende Grundzüge festgestellt sind: In jedem Kronlande verbleibt die Statthalterei mit dem Landesbescheß an der Spitze. Der Statthalterei werden die Kreisämter untergeordnet, welche theils einen ausübenden, theils einen verwaltenden Wirkungsbereich erhalten. Der Umfang dieser Kreise wird nach der früheren Eintheilung in Kreisämter, Vierteln, Komitaten, Delegationen ic. fallen, und erhalten auch die früher üblichen Landesbenennungen. In dem Bezirke eines jeden Kreisamtes werden in angemessenen Vereichen die Unterbehörden aufgestellt, welche die landesübliche Benennung erhalten und den Wirkungsbereich der gegenwärtigen Bezirkshauptmannschaften übernehmen.

Nachrichten vom Nothen Meere zufolge ist ein französisches Linienschiff in Dschedda, angeblich zur Besetzung eines in Amphilabai gelegenen Küstenstriches, eingelaufen. Das österreichische Konsulat zu Chartum hat vortheilhafte Handelsverbindungen mit Abyssinien angeknüpft.

Verichtigung. In einer Anzahl von Exemplaren der Nr. 128 ist S. 3, Spl. 3, Zl. 19 v. o. aus Versehen „ungünstig“ statt „günstig“ stehen geblieben, was jedoch schon durch den folgenden Satz rektifizirt wurde.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Todesanzeige.

C.590. Heidelberg. Auswärtige Freunde und Bekannte benachrichtigen wir hiemit von dem am 28. Mai erfolgten Hinscheiden unserer innigst geliebten Gattin, Mutter und Schwiegermutter, Christiane Steinmes, geb. Braun, und bitten um stille Theilnahme. Heidelberg, den 30. Mai 1852.

Im Namen der Hinterbliebenen:  
Der trauernde Gatte  
Friedrich Steinmes, Amtschirurg.

C.441.[3]2. Wilferdingen.

#### Durlach-Wildbad. Privateilwagen.



Mit dem 1. Juni beginnen die regelmäßigen Fahrten des Privateilwagens zwischen Durlach-Wildbad.

Abfahrt in Durlach Mittags 2 Uhr nach Ankunft des ersten Bahnzugs von Frankfurt-Mannheim-Heidelberg, so wie des ersten Bahnzugs von Basel-Freiburg-Strasbourg. Die Einschreibungen geschehen in Durlach auf dem Bureau der groß. Post und Eisenbahn, in Wildbad im Gasthof zum Bären.

Der bequeme elegante Wagen ist von einem Kondukteur begleitet, die 4 Postpferde werden auf jeder Station gewechselt.

Wilferdingen, im Mai 1852.

Nasel, Posthalter.

C.468.[2]2. In sämtlichen Städten und größern Orten des Landes ist zu erhalten das im Verlag der Chr. Fr. Müller'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe erschiene

#### sehr ähnliche Portrait Seiner königlichen Hoheit

#### Prinzen und Regenten Friedrich von Baden

in großer Uniform,  
Kniestück,  
nach der Natur von Maler L. Wagner,  
lithographirt von C. Wabel.

Dieses Portrait, in Rücksicht auf Aehnlichkeit und ansprechende Darstellung vortrefflich gelungen, zeichnet sich zugleich durch besonders elegante Ausstattung aus.

Preis: 1. Ausgabe in großem Format, auf chinesisches Papier . . . 1 fl. 12 fr.  
2. Ausgabe in größtem Format, Dvaldruck auf chinesisches Papier . . . 2 fl.

(für Dvalrahmen)  
Die Chr. Fr. Müller'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe, welche das ausschließliche Eigenthumsrecht des von Maler L. Wagner ausgeführten Portraits S. A. Hoheit des Prinzen und Regenten Friedrich von Baden besitzt, wird gegen jeden Nachdruck und dessen Verbreiter auf Grund der bestehenden Geße gerichtlich einschreiten.

C.582. Carlsruhe. Un Professeur français, pourvu de nombreux certificats, attestant sa capacité, sa moralité, ses services, tant dans l'enseignement public que privé, désirerait se placer comme précepteur dans une ville d'Allemagne, ou donner des Leçons de Grammaire et de Géographie de l'Histoire et de Littérature françaises, dans une localité qui offrirait quelques avantages. S'adresser pour tous renseignements Stephaniensstrasse Nr. 50 à Carlsruhe.

C.589.[3]1. Karlsruhe. **Gutverkauf.** Ein schönes Gut, in der Nähe einer süddeutschen Residenzstadt

und unweit der Eisenbahn gelegen, bestehend aus einem sehr wohl erhaltenen Herrschaftsgebäude mit etwa 30 Morgen Gartenland, ansehnlichen Dekonomie- und Brennereigebäuden, etwa 330 Morgen Ackerland, 25 Morgen Wiesen, 51 Morgen Lannenwald ic., Alles in bestem Stand und Bau erhalten, ist aus der Hand zu verkaufen. Lufttragenden wird auf Anfrage die Expedition dieses Blattes angeben, an wen sie sich wegen Ertheilung näherer Auskunft zu wenden haben.

C.544.[2]2. Karlsruhe. **Wirtschafts-Gesuch.** Ein junger, thätiger Wirth sucht eine frequente Wirtschaft zu pachten, wo möglich in der Umgegend von Karlsruhe. Anträge beliebe man in

portofreien Briefen, mit C.544. bezeichnet, an die Expedition der Karlsruhe' Zeitung einzufenden.

#### C.573.[2]1. Karlsruhe. Kauf- oder Pachtge- suche eines Landguts.

Es wird ein Gut von 2- bis 500 Morgen zu kaufen oder zu pachten gesucht. Offerten beliebe man, mit den Buchstaben „H. B. R. in F.“ bezeichnet, baldigst an die Expedition dieses Blattes einzufenden.

#### C.220.[2]2. Konstanz. Landgüter-Verkauf.

In der Nähe hiesiger Stadt, sowohl in Baden als im Kanton Thurgau und St. Gallen, sind mehrere der schönsten Landhäuser und Landgüter mit schönen Gärten und circa 10, 20, 50, 100 bis 800 Morgen Boden unter sehr billigen Bedingungen zu verkaufen; dieselben liegen theils hart, theils in kleinerer und größerer Entfernung vom See und Rhein; von den meisten aber genießt man die großartigste und schönste Aussicht auf den Bodensee, den Rhein, in das Böhrgau, die Schweiz und deren Berge. Nähere Auskunft ertheilt auf freie Briefe

Speditur und Kommissionär  
J. J. Müller.

C.560.[3]2. Rippensheim.

#### Apothek-Versteigerung.

Apotheker Josef Habich theilte von hier lassen Samstag, den 5. Juni d. J., Nachmittags 3 Uhr, auf dem hiesigen Rathhaus ihre eigenthümliche, sehr gut eingerichtete und frequente Apotheke dahier unter sehr günstigen Bedingungen einer freiwilligen Versteigerung aussetzen, wozu die Liebhaber mit Dem eingeladen werden, daß die Verkaufsbedingungen bei der Versteigerung verhandelt werden, bis zur Versteigerung aber auf dem hiesigen Rathhaus eingesehen werden können.

Rippensheim, den 27. Mai 1852.  
Groß. Bürgermeisteramt.  
Groscholz.  
vdt. Stigler, Rathschr.

C.588. Im Verlage von Arnz & Comp. in Düsseldorf erschien so eben und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen, in Karlsruhe in der Herder'schen Buchhandlung, zu haben:

# Aquarelle Düsseldorfer Künstler, den kunstsinigen Damen gewidmet.

Ausgeführt im lithographischen Institut von Arnz & Comp.  
Erstes Heft, Subscriptions-Preis 1 Thlr. 15 Ngr.

Enthaltend: Monatslandschaft von D. v. Achenbach. Spielende junge Hübsche von Fr. Pappel. Unterhaltung beim Stubienmalen von B. Bautier. Der alte Schmied von L. Knauts.

Das ganze Werk, ein Album von Aquarellen der bedeutendsten hiesigen Künstler bildend, wird aus sechs Heften bestehen, die bestimmt noch vor Weihnachten dieses Jahres erscheinen werden. Jedes Blatt liefert eine, die Richtung des Künstlers charakterisirende Composition, die in der höchsten technischen Vollendung ausgeführt ist. — Elegante Album-Capitel zum Einlegen der einzelnen Blätter in Maroquin mit reicher Deckvergoldung sind ebenfalls durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

C.485.

## Ankündigung der vollständigsten, neuesten und preiswürdigsten Sprachwörterbücher.

### Dictionnaire de langues français et allemand,

Neuestes und vollständigstes französisch-deutsches und deutsch-französisches Wörterbuch zum Gebrauche für alle Stände beider Nationen, nach den bewährtesten und neuesten Quellen bearbeitet von **Henschel**, nebst einer kurzgefaßten französischen und deutschen Sprachlehre, einer Uebersicht der unregelmäßigen Zeitwörter, Namen, Münzen, Orts-Tabellen etc. Vollständig in vier (162 Druckbogen) starken Bänden. Lexikonformat auf gutem, starkem, dauerhaftem Papier, in der neuesten verbesserten und sehr korrekten Ausgabe ganz neu in Umschlag brosch.

Anstatt 14 fl. 24 Kr. für 5 fl. 48 Kr. Anstatt 12 fl. 36 Kr. für 5 fl. 24 Kr.

Abnehmer von 12 Exemplaren erhalten 1 Freie exemplar. Zu beziehen durch alle soliden Buchhandlungen, wie auch zu haben in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe.**

C.535. [2]2.

## Bad Griesbach im Rhenenthal.

Seit Mitte Mai ist die hies. Brunnen- und Badanstalt wieder eröffnet. Man will Umgang von ausgedehnten Anpreisungen der Heilkräftigkeit der seit Jahrhunderten berühmten Griesbacher Mineralquelle nehmen, und nur erwähnen, daß es die seltsame Reichhaltigkeit an tohlenfaurem Gas und Eisen ist, durch welche sie sich vor allen Säuerlingen unseres Landes auszeichnet. Schon Römer's chemische Analyse hat gezeigt, daß in Deutschland nur die Quellen von Pyrmont und Schwalbach der von Griesbach gleichstellen sind, vor denen Griesbach noch die schönere Lage und die gesunde, herrliche Luft voraus hat. Indem man sich übrigens auf die Schrift von Dr. Werber, Professor der Medizin zu Freiburg, „Der Stahlwässerling zu Griesbach“ bezieht, und auf die neulich in der Lithographie von Simon in Straßburg erschienene „Notice sur le bain de Griesbach“ bezieht, wird den Verehrern und Gönnern des Griesbacher Brunnens die damit verbundene umfangreiche und bequem eingerichtete Garküche empfohlen, mit dem Anfügen, daß die hies. Badanstalt mit der Eisenbahn mittelst des Rhenenthaler Eilwagens in Verbindung steht, und sich dadurch tägliche Gelegenheiten zum Zu- und Abreisen darbietet.

Griesbach, den 25. Mai 1852.

**J. Mönch Wittwe,**  
Badregimentschreiberin.

## Concessionirtes Auswanderungs-Bureau. Regelmäßige Expeditionen

C.564. [2]1. über Bremen, Antwerpen, Havre, Rotterdam & Liverpool nach New-York, Baltimore & New-Orleans. Ueberfahrts-Afforde zu den billigsten Preisen können bei dem Unterzeichneten oder dessen Herren Agenten abgeschlossen werden. — Mannheim, im Juni 1852.

**L. W. Renner.**

## Die „Hoffnung“, konzessionirte deutsche Bureau für Auswanderung nach Amerika.

Ich expedire von Havre im Monat Juni nach New-York ab hier 3., 13. und 23. Juni, Havre 10., 20. und 30. Mannheim, im Mai 1852.

**J. M. Vielesfeld.**

Zum Abschluß von Verträgen zu den billigsten Preisen empfiehlt sich das Central-Bureau in Mannheim sowohl, als dessen bekannte Agenten in Baden, in Karlsruhe: **A. Vielesfeld**, Buchhändler, am Marktplatz.

C.539. [3]3. Heilbronn.

## Neckar-Dampf-Schiffahrt.

Dienst vom 3. Juni d. J. an. Abfahrt von Heidelberg nach Heilbronn: a) Täglich Morgens 7 Uhr nach Ankunft der Eisenbahnzüge von Karlsruhe u. Mannheim. Sodann bis auf weitere Verfügung; b) an den Tagen ungerader Datums 5 Uhr Morgens im Anschluß an den letzten Zug nach Stuttgart und Esslingen. Fahrpreise bis Heilbronn I. Kajüte 1 fl. 48 Kr. Heilbronn, den 28. Mai 1852.

**Die Direktion.**

C.438. [3]2. Karlsruhe. Liegenschafts-Versteigerung. In Folge richterlicher Verfügung wird aus der Gantmanne des Heinrich Hemberle, Gastwirths zum Römischen Kaiser dahier, die nachverzeichnete Liegenschaft mit der ganzen Wirthschafts-Einrichtung am Freitag, den 11. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, in dem Rathhause dahier öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

Beschreibung der Liegenschaft: Ein dreistöckiges Gasthaus mit der Real-Schilf-gerechtigkeit zum Römischen Kaiser, mit Oekonomie-

gebäude, Bad-Anstalt, großer Hofraße, Wirthschafts- und großem Gemüsegarten; Eck der Langen- und Waldstraße; einerseits Maurermeister Weber, andererseits Hofapotheker Schröder's Erben. Anschlag der Gebäulichkeiten etc. 45,000 fl. — fr. der Wirthschafts-Einrichtung 4,372 fl. 48 Kr. Karlsruhe, den 7. Mai 1852.

Der Vollstreckungsbeamte: Fr. Kapp, Notar. C.513. Nr. 4329. Werbach. Wirthschafts-Versteigerung. In Folge richterlicher Verfügung werden der Oekonomie Jacob Häuslein Wittwe von Werbach Mittwoch, den 21. Juli d. J., Morgens 8 Uhr,

auf dem Rathhause zu Werbach folgende Liegenschaften, als:

- a) Gebäude: ein zweistöckiges Wohnhaus mit der Wirthschafts-gerechtigkeit zum Ochen, nebst Scheuer, Stallung, Keller und Hofplatz, zu Werbach an der Landstraße, neben Joh. Albert und Mathias Spinner Erben gelegen; Brandversicherungs-Taxe 3650 fl. Anschlag . . . . . 4400 fl.
- b) Güterstücke: 1 Morg. 1 Brst. 23 1/2 Rthn. Acker, Anschlag . . . . . 270 fl. 1 Morgen Weinberg, Anschlag . . . . . 112 fl. Gesammtanschlag 4782 fl.

Öffentlich versteigert und der endgiltige Zuschlag sogleich erteilt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

Die auswärtigen Steigliebhaber haben über Zahlungsfähigkeit durch ein gehörig beglaubigtes Zeugnis sich auszuweisen.

Die Versteigerungsbedingungen werden am Steigerungstage veröffentlicht. Lauderbachshofheim, den 27. Mai 1852. Großh. bad. Amtsrevisorat. Griesenberg.

Der Vollstreckungsbeamte: Ries, Amtsrev.-Assistent.

## C.570. Durlach. Grasverkauf.

Der Grasverkauf von den hiesigen Wiesen findet für dieses Jahr in folgender Weise auf dem Plage selbst statt:

Dienstag, den 8. Juni, von Morgens 7 Uhr an, die Wiesen auf der Pfingst- und hinter Aue, Mastwaide, Gänswaide, Hummelwiesen, Apothekerwiese, Reherplatz, Hinterwiesen links und rechts der Karlsruher Straße und das neue oder Kleefeld.

Mittwoch, den 9. Juni, Vormittags, die kurzen Stücke auf die Pfingst- und hinter Aue, Mastwaide, das Rinndübel, die Högwiesen, das lange Stück, die kurzen Stücke über dem Graben.

Donnerstag, den 10. Juni, Vormittags, die neuen Wiesen.

Freitag, den 11. Juni, Vormittags, die Zimmerplagwiesen oder ehemaliger Greterplatz, die Wiesen von der Mastwaide am Entenloz zwischen den Gräben, die Wiesen auf der Tagwaide und die Zwinge wiesen am Elmorgenbruch.

Samstag, den 12. Juni, Nachmittags, die Bruchleinswiesen.

Montag, den 14. Juni, Vormittags, die Wiesen im Hüllbruch auf die Pfingst- das untere mittlere Stück, das Einfeldwäldle, das obere mittlere Stück und die Schuppschneidwiesen.

Dienstag, den 15. Juni, Vormittags, das große Pfaffenbruch, die Hüllwiesen, die Rodendühnwiese und das Högendübel.

Mittwoch, den 16. Juni, Vormittags, die Wiesen hinter dem Elmorgenbruch, das Dornwäldlein links der Karlsruher Straße und die Spedwiesen.

Donnerstag, den 17. Juni, Vormittags, von der sogenannten Kuhwaide bei Hinkelheim 21 Morgen. Sollte Regen weiter eintreten, so leidet, wenn dasselbe nicht anhaltend und stark ist, die Versteigerung keine Unterbrechung.

Durlach, den 1. Juni 1852. Der Gemeinderath. Wappler. Siegrist.

C.479. [3]2. Nr. 243. Karlsruhe. (Affordbegebung.) Die Zimmer- und Schmiedearbeiten in den Pflanzhallen dahier sollen auf ein weiteres Jahr vom 1. Juli d. J. an in Afford an die Wenigstfordernden vergeben werden. Schriftliche Submissionen sind in dem Geschäftslokale dieser Stelle spätestens bis 8. Juni d. J., Mittags 12 Uhr, einzureichen, wo auch von den Bedingungen vorher Einsicht genommen werden kann.

Karlsruhe, den 27. Mai 1852. Großh. Landesreg.-Kasse. Krauß.

C.534. [2]2. Nr. 7864. Karlsruhe. (Die Lieferung von Monturhoffen betr.) Die diesseitige Stelle bedarf zur Anfertigung von Zapnwartsmonturen

2200 Ellen Naturseid, und 100 „ dunkelgrauen Mantelkisa, welche nach Umständen im Ganzen oder in Partien in Lieferung gegeben werden sollen.

Die betreffenden Fabrikanten werden daher eingeladen, ihre befalligen Angebote mit Angabe a) des Lieferungsquantums und des Preises per Elle, um welchen sie den Zeug frei an die Großh. Inspektion der Eisenbahn-Magazine und Werkstätten dahier abliefern wollen; b) der Breite des von ihnen abzuliefernden Zeugs; sowie c) der Zeit, in welcher sie ihre Lieferung vollziehen wollen,

unter Anlage angemessener Muster bis zum 21. Juni d. J. verschlossen und mit der Bezeichnung „Monturhoffen-Lieferung“ an diesseitiger Stelle einzureichen.

Bemerkung wird noch, daß die Ablieferung sämtlicher Stoffe am 1. September d. J. beendet sein sollte. — Man behält sich vor, den Betreffenden mit Uebertragung der Lieferung die Farbe der Läger zu bezeichnen, welche man aus den vorgelegten Mustern oder nach den bisher bezogenen Lägern als die passendste herausgewählt haben wird.

Karlsruhe, den 21. Mai 1852. Direktion der Großh. Posten und Eisenbahnen. C.553. [2]2. Nr. 12,899. Wertheim. (Wahrung und Fahndung.) Gegen Joseph Mai jun.

von Freudenberg, diesseitigen Amtsbezirks, liegen Anzeigen vor, daß er unbefugter Weise, namentlich in der Gegend von Frankfurt, Agentengeschäfte für Auswanderer betreibt und sich dabei Betrüge-reien zu Schulden kommen läßt.

Indem wir auf diesen Menschen warnend aufmerksam machen, eruchen wir sämtliche Behörden, auf denselben zu fahnden und ihn im Betretungsfall an uns abliefern zu lassen.

Wertheim, den 23. Mai 1852. Großh. bad. Stadt- und Landamt. J. A. d. A. B. Sternberg.

C.567. Nr. 7680. Karlsruhe. (Aufforderung und Fahndung.) Der hier unten beschriebene Schneidergeselle Johann Anton Graf von Waldmühlbach steht dahier wegen dritten Diebstahls in Untersuchung und wird hiermit aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen, widrigenfalls nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis gefällt wird.

Zugleich bitten wir sämtliche Polizeibehörden, auf den Angeklagten zu fahnden und ihn auf Betreten hierher abzuliefern.

Signalement. Alter, 30 Jahre. Statur, schlank, 6' groß. Gesicht, bager. Haare, schwarz. Stirne, hoch. Augenbrauen, schwarz. Augen, braun. Nase, gebogen. Mund, etc. Kinn, spit. Bart, keinen.

Besondere Kennzeichen, keine. Karlsruhe, den 27. Mai 1852. Großh. bad. Stadtamt. Bed.

C.584. [2]1. Nr. 16,891. Mannheim. (Aufforderung.) Nachgenannte zur ordentlichen und außerordentlichen Konfiskation des Jahres 1849 gehörige Pflichten, welche bei den am 8. und 9. Januar desselben Jahres abgehaltenen Affentungstagsfahrten nicht erschienen sind, werden hiermit wie erhört aufgefördert, sich binnen sechs Wochen bei diesseitiger Behörde zu stellen, widrigenfalls sie als Refraktäre behandelt und bestraft werden.

I. Altersklasse 1828. Loos-Nr. 66 Johann Jakob Ludwig Brauer; Nr. 82 Johann Jakob Maximilian Blankart; Nr. 101 Joseph Keller; Nr. 105 Johann Ferdinand Kasper.

II. Altersklasse 1827. Loos-Nr. 8 Franz Karl Ehler; Nr. 84 Franz Lorenz Sigrift; Nr. 98 Georg Friedrich Baumann; Nr. 113 Lorenz Kreis; Nr. 117 Georg Friedrich Weingärtner.

Mannheim, den 28. Mai 1852. Großh. bad. Stadtamt. Stephan.

C.585. Nr. 20,373. Breisach. (Aufforderung.) J. U. S. gegen Anton Schill von Oberbergen, wegen Raubentwendung. Anton Schill von Oberbergen, der Raubentwendung angeklagt, wird aufgefordert, sich binnen 4 Wochen zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis gefällt werden wird.

Breisach, den 23. Mai 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Huber, vdt. Wertheimer.

C.451. [2]2. Nr. 14,543. Waldshut. (Unbedingter Zahlungsbefehl.) In Sachen der Wittve Haupt in Schaffhausen gegen Georg Buttala aus Metterabenz (Defreich), Forderung und Arrest betr.

Beschluß. Wird dem Beklagten die Auflage gemacht, der Klagerin den eingelagerten Kaufpreis für Waaren mit 270 fl. binnen 4 Wochen bei Zwangsvermeidern zu bezahlen.

Waldshut, den 19. April 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Aher.

C.554. [3]1. Nr. 8400. Eberbach. (Oeffentliche Aufforderung.) Auf Antrag des Erwerbers werden alle diejenigen, welche an die von Franz Joho dahier aus der Verlassenschaft des Schiffers Daniel Paul erteilerten 66 Ruthen 68 Schuß Wiesen im großen Brag irgend einen dinglichen Anspruch zu haben glauben, aufgefordert, diese Ansprüche innerhalb 4 Wochen dahier anzumelden, widrigenfalls solche zum Verfallnis zum neuen Erwerber für verloren erklärt werden.

Eberbach, den 19. Mai 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Kraft.

C.532. Nr. 17,077. Pforzheim. (Schuldenliquidation.) Gottfried Schreiber, Sohn des Christoph Schreiber von Langenast, will nach Amerika auswandern, weshalb dessen etwaige Gläubiger aufgefordert werden, ihre Ansprüche am Mittwoch, den 9. Juni, Vorm. 10 Uhr, um so gewisser anzumelden, als wir ihnen sonst zur Befriedigung nicht verhelfen könnten.

Pforzheim, den 28. Mai 1852. Großh. bad. Oberamt. Schüt.

C.542. Nr. 18,498. Rastatt. (Ausschluß-erkenntnis.) J. S. die Gant des Kasimir Einloth von Rothensfeld betr.

Beschluß. Es werden die Physik Dr. Luz Erben der Verfügung vom 17. März d. J. gemäß mit ihren etwaigen Ansprüchen an die Gantmasse ausgeschlossen. Rastatt, den 5. Mai 1852. Großh. bad. Oberamt. Dr. Schüt.

C.580. [2]1. Schönau. (Erledigte Stelle.) Bei dem diesseitigen Amte ist eine Aktuarsstelle mit einem geübten Rechtspraktikanten zu besetzen, der nach 14 Tagen eintreten kann, mit einem Jahresgehalt von 350 fl., welcher nach Umständen auf 400 fl. erhöht werden kann. Schönau, den 31. Mai 1852. Großh. bad. Bezirksamt. Streicher.